

# Kein Feind in Sicht

*Walter Feichtinger*

## Neue sicherheitspolitische Orientierungen sind erforderlich

„Ich sehe die größte Bedrohung der Welt darin, dass Terroristen an Atomwaffen herankommen“. So lautete die bemerkenswerte Feststellung des langjährigen Direktors der internationalen Atomenergiebehörde (IAEO) Mohammed El Baradei, kurz bevor er seinen Posten räumte. Allein in den vergangenen Jahren konnten 200 Fälle von verbotennem Handel mit nuklearen und radioaktiven Substanzen aufgedeckt werden.<sup>1</sup>

Diese Aussage weist erstens auf Terroristen als sicherheitspolitische Akteure und zweitens auf die steigende Bedeutung von Massenvernichtungswaffen im 21. Jahrhundert hin. Dieses Bedrohungspotenzial hat nicht mehr viel zu tun mit den Szenarien und Feindbildern, die bis zum Ende des Kalten Krieges alles sicherheitspolitische Denken und Handeln der über Jahrzehnte dominierenden Supermächte USA und Sowjetunion bestimmt haben. US-Präsident George W. Bush hatte sich während seiner Amtszeit 2000 bis 2008 zwar wieder klarer Feindbilder bedient, wenn er von „Schurkenstaaten“ wie Nordkorea, Libyen oder dem Iran sprach. Sein Nachfolger Barack Obama meidet dies jedoch tunlichst und spricht vielmehr von sicherheitspolitischen Herausforderungen, wie dies europäische Regierungen schon seit geraumer Zeit tun. Damit wird einerseits eine Stigmatisierung von anderen als Feind vermieden, allgemein betrachtet erschwert es aber andererseits den inneren Zusammenhalt in Sicherheitsorganisationen wie z.B. der NATO und macht es schwieriger, nachhaltige Allianzen zu schmieden. Allerdings gelang es auch G.W. Bush 2001 mit der Ausrufung des globalen Kampfes gegen den Terrorismus lediglich in der US-Bevölkerung eine starke Unterstützung hervorzurufen, nicht aber eine „eingeschworene Gemeinschaft“ mit anderen, insbesondere europäischen Staaten zu formen.

Sind Feindbilder im 21. Jahrhundert tatsächlich passe, werden sie ein Opfer der „political correctness“ oder haben sie wirklich ausgedient? Schon 1974 hatte der damalige deutsche Verteidigungsminister Georg Leber die Auffassung vertreten, dass die Soldaten der Bundeswehr kein Feindbild benötigen, sondern sich

<sup>1</sup> Vgl. APA Meldung 0167 5 AA 20090516 1408 vom 16.05.2009.

anhand von Feindlagen auszurichten hätten.<sup>2</sup> Ein Blick in aktuelle Sicherheitskonzepte der UNO, der NATO und der EU bestätigt, dass schon seit Längerem nicht mehr der „Feind an der Grenze“ sicherheitspolitische Überlegungen bestimmt. In diesen Konzepten geht es vielmehr darum, die Zonen der Stabilität sukzessive zu vergrößern, Krisenherde zu beseitigen und funktionstüchtige Staaten aufzubauen. Damit sollte sich letztlich das „westliche Modell“ von Rechtsstaat, Demokratie, freier Marktwirtschaft und humanitären Werten als Garant für Frieden und Sicherheit durchsetzen. Es geht nicht darum, Feindbilder zu zeichnen und sich damit abzugrenzen, sondern sicherheitspolitische Notwendigkeiten als gemeinsame Herausforderung zu vermitteln.

In anderen Weltgegenden stellt sich die Sachlage allerdings deutlich anders dar. So haben „sozialrevolutionäre“ Staatschefs wie Venezuelas Präsident Hugo Chavez oder sein bolivianischer Kollege Evo Morales wenig Bedenken, westliche Staaten, allen voran die USA, an den Pranger zu stellen und das Feindbild vom westlichen Ausbeuter zu pflegen. Auch in russischen Sicherheitskonzepten wird die NATO unverändert als Bedrohung dargestellt und die russische Gemeinschaft beschworen.<sup>3</sup> Irans 2009 unter fragwürdigen Umständen wiedergewählter Präsident Mahmud Ahmadinejad leitet seine Macht in hohem Maße auch davon ab, dass er das Feindbild vom Westen im Allgemeinen und von Israel und den USA im Besonderen strapaziert. Dabei tritt die doppelte Funktion von Feindbildern für einen Staat oder eine Gesellschaft klar zutage: Der gemeinsame Feind soll zum einen den inneren Zusammenhalt von Gruppen, Gemeinschaften und Staaten stärken, zum Anderen bietet ein Feindbild ein Objekt für die Abfuhr von Aggressionen nach außen,<sup>4</sup> es erfüllt gewissermaßen eine Ventilfunktion. Im Zeitalter der Globalisierung wird dabei die Möglichkeit, Gemeinschaften über territoriale Grenzen hinweg etwa durch die Religionszugehörigkeit zu bilden, immer bedeutsamer. Im Umkehrschluss stellt sich vor dem Hintergrund heutiger sicherheitspolitischer Herausforderungen dagegen die Frage, durch welche Ereignisse oder strategische Interessen ein Zusammenhalt auf regionaler und globaler Ebene noch erzielt werden kann, wenn es die negativ motivierte Mobilisie-

2 Vgl. Leber, Georg: Verteidigung ohne Haßziehung. Die Soldaten der Bundeswehr brauchen kein Feindbild! In: Politik und Kultur. Berlin 1974, S. 3, zitiert nach Nicklas, Hans: Die politische Funktion von Feindbildern. In: Guha, Anton-Andreas/Papcke, Sven (Hrsg.): Der Feind den wir brauchen oder: Muss Krieg sein? Königstein/Ts. 1985, S. 99-109, hier S. 101.

3 Vgl. Malek, Martin: Grundzüge der Außen- und Sicherheitspolitik Russlands unter Präsident Putin. Ausgewählte Aspekte. Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie 3/2009. Wien 2009.

4 Vgl. Nicklas, Hans: Die politische Funktion von Feindbildern. In: Guha, Anton-Andreas/Papcke, Sven (Hrsg.): Der Feind den wir brauchen oder: Muss Krieg sein? Königstein/Ts. 1985, S. 99-109, hier S. 104.

rung über „den Feind“ nur mehr bei einigen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren gibt.

Angesichts aktueller sicherheitspolitischer Problemlagen und dem Aufkommen von immer mehr Akteuren ist generell zu hinterfragen, ob die heute praktizierten Ansätze zur Herstellung oder zum Erhalt von Frieden und Sicherheit in Zukunft noch ausreichen werden. Als Prüfsteine erweisen sich immer mehr die etwa 35 innerstaatlichen Kriege, die jährlich stattfinden, der verschärfte Wettbewerb um Ressourcen, vor allem um Gas und Öl samt deren Verteilungsnetzen, schwache Staaten, die ihren Kernaufgaben nicht nachkommen können oder wollen und „Andersdenkende“, die entschlossen gegen die zweifellos westlich geprägten Vorstellungen von einer friedlichen Zukunft ankämpfen. Über allem spannt sich noch zusätzlich ein Bogen der Ungewissheit, der von den unabsehbaren Folgen des Klimawandels und den Bevölkerungsentwicklungen gebildet wird.

Was nützen allerdings all diese Feststellungen jenen Politikern und Planern, die für Sicherheit zuständig sind und ihren zeitlichen Horizont auf zumindest zehn Jahre ausrichten müssen? Was bedeuten diese Befunde für moderne Gesellschaften, die sich daran gewöhnt haben, in Frieden, Freiheit und Wohlstand zu leben und immer weniger für „staatliche Sicherheit“ auszugeben? Wovor gilt es tatsächlich, „sich zu fürchten“, wo lauern die Gefahren und mit welchen Bedrohungen sehen wir uns konfrontiert? Die Beantwortung dieser Fragen ist nicht nur von allgemein politischer und gesellschaftlicher Relevanz, sondern hat auch erhebliche Auswirkungen auf die Gestaltung der Sicherheitskonzepte und Sicherheitsinstrumente. Denn man könnte doch beispielsweise ketzerisch fragen, wozu zentraleuropäische Staaten noch Streitkräfte unterhalten, wo sie ja von Freunden umgeben sind und „kein Feind in Sicht“ sei. Assistenzleistungen etwa bei Unwetterkatastrophen oder Lawinenabgängen wären doch ebenso von technischen Hilfswerken und freiwilligen Hilfsorganisationen zu bewältigen – vielleicht sogar zweckmäßiger und kostengünstiger. Auch die Notwendigkeit eines Raketenabwehrschildes über Europa steht noch in Frage, es ist lediglich eine Nachdenkpause eingetreten nach dem Präsidentenwechsel in den USA. Ebenso könnte man das Engagement in internationalen Friedenseinsätzen, das seit mehr als 15 Jahren den militärischen Alltag bestimmt, angesichts der bescheidenen Erfolge etwa in Afghanistan kritisch hinterfragen.

Die Frage nach zukünftigen Konflikt-, Bedrohungs- und Feindbildern ist vor diesem Hintergrund keineswegs überflüssig, sondern unabdingbar. Die Antworten auf diese Überlegungen stellen schließlich die Grundlage für das Selbstverständnis von Gesellschaften und Staaten, für die Sichtweise von den „Anderen“ und für die Ausrichtung zukünftigen Handelns dar. Auf Basis der bestimmenden Wertevorstellungen und strategischen Interessen entsteht in der Regel eine Einschätzung der Sicherheitslage, die letztlich auch die Zuteilung von Steuergeldern für Sicherheitsbelange bestimmt, das „Maß aller Dinge“ in unserer finanzorien-

tierten Welt. Besonders in demokratischen Staaten ist es von entscheidender Bedeutung, dass es sich bei dieser Einschätzung nicht nur um die Auffassung eines kleinen Expertenkreises handelt. Gelingt es nämlich nicht, den überwiegenden Teil der Gesellschaft von dieser „Sicht der Welt“ zu überzeugen, so wird es nur schwer möglich sein, auf Dauer die erforderliche politische und moralische Rückendeckung für sicherheitspolitische Maßnahmen zu erhalten.<sup>5</sup>

Für eine Einschätzung zukünftiger Konflikt-, Bedrohungs- und Feindbilder erscheint es zweckmäßig, blitzlichtartig einige maßgebliche Ereignisse nach 1989 Revue passieren zu lassen. Anschließend ist zu fragen, ob damit das Spektrum zukünftiger Konflikte abdeckbar erscheint oder ob darüber hinaus noch weitere Aspekte zu berücksichtigen sein werden. Aus den dabei gezogenen Erkenntnissen werden in einem letzten Schritt noch Ableitungen insbesondere aus europäischer Perspektive getroffen.

### Kursorische Betrachtung einer unfriedlichen Welt

Die Untersuchung von Konfliktbildern, die letztlich in Gewalt münden oder das Potenzial dazu haben, ist untrennbar mit der Frage nach möglichen Konfliktgegenständen, Konfliktakteuren und Konfliktstrukturen verbunden. Dabei wäre es zu einfach anzunehmen, dass hier immer klare Aussagen getroffen werden können, da vieles miteinander verwoben ist. So werden wirtschaftliche Interessen vermutlich in allen Konflikten eine bestimmende Rolle spielen, ebenso die (Eigen)Interessen der Konfliktparteien. Dennoch sollte es möglich sein, die primären Treiber zu erkennen und anzusprechen. Dabei sind auch die Ebenen zu trennen. So können grob betrachtet Konflikte auf globaler, regionaler und (inner-)staatlicher Ebene unterschieden werden. In der Praxis zeigt sich allerdings immer mehr, dass auch kleinere zwischen- und innerstaatliche Konflikte, z.B. durch Ausdehnung auf benachbarte Staaten, Berichte in den Massenmedien oder Proteste der Diaspora, sehr rasch regionale oder globale Bedeutung erfahren können – ein wesentliches Phänomen der Globalisierung nach dem Kalten Krieg.

#### *Internationale Ordnung nach 1989 auf dem Prüfstand*

Nach der Besetzung Kuwaits durch den irakischen Diktator Saddam Hussein 1990 formierte sich unter Schirmherrschaft der UNO eine breite politische Allianz und weltweite Armada von mehr als einer Million Soldaten, um das Land

5 Vgl. Feichtinger, Walter: Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik bedarf einer Kommunikationsstrategie. In: Europäische Sicherheit, 3/2009, S. 48-51.

1991 zu befreien. Das Konfliktbild war eindeutig und in gewisser Weise symmetrisch: Ein staatlicher Aggressor okkupiert einen Nachbarstaat, die damals tatsächlich bestehende internationale Staatengemeinschaft wollte das nicht dulden und nutzte die völkerrechtliche Ausnahme zum Gewalteinsatz, um den Angreifer zurückzuschlagen und die Voraussetzungen für Frieden und Sicherheit in der Region zu schaffen. Anders stellte sich die Situation in den bald darauf folgenden konventionell-militärischen Auseinandersetzungen im Rahmen der jugoslawischen Zerfallskriege dar. Aufgrund innenpolitischer Zerwürfnisse lösten sich die Teilstaaten Slowenien, Kroatien und Bosnien/Herzegowina in einem gewaltsamen Prozess vom Gesamtstaat. Diese de facto zwischenstaatlichen Kriege haben durch internationale Intervention letztlich zu einer neuen politischen Landschaft in der Region geführt, mit allen noch immer nachwirkenden Problemen. Durch die Missionen der UNO und der NATO wurde der Konflikt auf eine regionale und globale Ebene gehoben, vermutlich v.a. deshalb, weil es einfach politisch und auch moralisch inakzeptabel war, wieder Krieg in Europa zu haben. Geopolitisch betrachtet also eine ähnliche Motivation wie im Falle der Besetzung Kuwaits, dass „es so etwas nicht geben darf“! Ähnliche gewaltsame Abspaltungsversuche gab es auch in ehemaligen Sowjetrepubliken wie etwa Moldova und Georgien, die zwar zu einer realpolitischen Loslösung von Teilgebieten führten, allerdings ohne internationale Anerkennung. Die – irreführenderweise als „eingefroren“ bezeichneten – Konflikte bestehen heute weiter. In Europa ist vermutlich der gewaltsame Aufstand der Kosovo-Albaner gegen die Milošević-Regierung in Belgrad, der 1999 mit dem Eingreifen der NATO sein Ende fand, noch in stärkerer Erinnerung. Die NATO begründete damals ihre 77 Tage dauernden Luftangriffe damit, dass eine humanitäre Katastrophe vermieden werden müsse; allerdings erfolgte die Operation ohne Mandat des UN-Sicherheitsrats. Keine internationale Unterstützung erhielten dagegen die Separatisten in Tschetschenien, die sich gewaltsam von Russland lossagen wollten. In zwei kompromisslosen Feldzügen (1994-1996, 1999-2006) schlug Moskau die Unabhängigkeitsbewegung nieder.

Ein Mandat der UNO gab es dagegen für die humanitäre Mission in Somalia (UNOSOM II, 1993-1995) als es darum ging, der leidenden Bevölkerung eines sich infolge blutiger Fehden zwischen Clanchefs und Milizen in Auflösung befindlichen Staates zu Hilfe zu kommen. Gesamt betrachtet waren in Afrika sowohl zwischenstaatliche (z.B. Äthiopien-Eritrea) als auch innerstaatliche Konflikte (z.B. Sierra Leone, Elfenbeinküste, Liberia, Sudan) zu verzeichnen. Als größte sicherheitspolitische Herausforderung gelten aber mittlerweile Kämpfe innerhalb so genannter schwacher Staaten, wo häufig Regime mehr auf ihr persönliches Wohlergehen als auf das des Staates und seiner Bevölkerung achten oder nicht in der Lage sind, der ordnenden Staatsmacht im ganzen Land zum Durchbruch zu verhelfen. Diese Schwäche führte auch dazu, dass Nachbarstaaten mit ihren Sicherheitskräften, Warlords mit ihren Milizen oder räuberische

Banden über territoriale Grenzen hinweg die Bodenschätze in benachbarten Regionen plünderten und sich niederließen (z.B. Ruanda oder die ugandische Lords Resistance Army im Osten der DR Kongo). Die Konfliktstruktur stellt sich dabei bereits wesentlich komplexer dar: Neben dem Staat tauchen vermehrt nichtstaatliche Akteure auf, die gegen den Staat oder untereinander kämpfen. So gab es 2007 weltweit in 30 von 34 bewaffneten Konflikten zwei oder mehr Konfliktpaare („Dyaden“).<sup>6</sup> Das Problematische daran ist, dass Auseinandersetzungen dieser Konfiguration von außen nur schwer zu beeinflussen oder gar zu beenden sind. Kritisch ist weiters, dass durch diese meist langjährigen Konflikte eine nachhaltige Entwicklung verhindert wird und häufig auch Nachbarstaaten massiv darunter leiden oder hineingezogen werden.<sup>7</sup> Theodor Winkler, Direktor des angesehenen Geneva Centre for the Democratic Control of Armed Forces (DCAF), spricht in diesem Zusammenhang bereits von „regionalen Bürgerkriegen“.<sup>8</sup>

Mit dem internationalen Einschreiten in Somalia zu Beginn und im Kosovo Ende der 1990er Jahre lässt sich festhalten, dass seit 1989 „Kriege“ auch in Form einer humanitären Intervention geführt wurden, um massive und systematische Menschenrechtsverletzungen sowie Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu verhindern oder zu beenden. Dies weist darauf hin, dass neben der Souveränität und Integrität von Staaten (staatliche Sicherheit) auch der Schutz von Menschen (menschliche Sicherheit) Anlass für ein gewaltsames Einschreiten (von Teilen) der internationalen Staatengemeinschaft sein kann. Dieses Prinzip war zwar schon immer in der UNO-Charta verankert, kam aber nur unzureichend zur Geltung. Auch beim Völkermord in Ruanda 1994 mit geschätzten 800 000 Toten war davon noch nichts zu bemerken.

Der unverantwortbare, untaugliche und gescheiterte Versuch des georgischen Präsidenten Saakashvili im August 2008, die abtrünnige Provinz Südossetien durch eine Militäraktion wieder unter seine politische Kontrolle zu bringen, zeigte wiederum Folgendes: a) Es ist ein Irrtum zu glauben, dass Konflikte eingefroren werden können. Ohne politische Lösung brechen sie in der Regel auch nach geraumer Zeit auf höherem Niveau wieder aus. b) Wenn die Interessen einer interventionsfähigen Macht davon betroffen sind – wie in diesem Falle Russlands – ist auch mit deren militärischem Einschreiten zu rechnen. c) Klassisch-konventionelle Kriegsführung nach den Vorstellungen des Kriegstheoretikers Carl von Clausewitz und den Regeln und Standards des Kalten Krieges hat

6 Vgl. Harbom, Lotta/Melander, Erik/Wallensteen, Peter: Dyadic Dimensions of Armed Conflict, 1946-2007. In: Journal of peace research, 5/2008, S. 697-710, hier S. 697.

7 Vgl. Ecuador: Leidet unter Kolumbiens Konflikten. In: NZZ, 1.2.2007, S. 4.

8 Vgl. Winkler, Theodor H.: The shifting face of violence. In: Bailes, Alyson/Krause, Keith/Winkler, Theodor H. (Hrsg.): The shifting face of violence. DCAF Policy Paper 18. Genf 2007, S. 15-38, hier S. 19.

nicht ausgedient. Sie wird allerdings maßgeblich von neuen Waffentechnologien beeinflusst. Der vermutlich letzte bedeutende innerstaatliche Krieg zum Sturz der Regierung und des politischen Systems findet seit Jahrzehnten in Kolumbien statt. Dieses Relikt marxistischer Umsturzversuche aus dem Kalten Krieg ist zwar eine große innenpolitische Herausforderung und führt auch zu Spannungen mit Venezuela und Ecuador, dürfte aber keinen Beispielcharakter für zukünftige Konflikte haben. Dies auch deshalb, weil die FARC mittlerweile von einer politischen Bewegung eher zu einer kriminellen Gruppierung wurde.

#### *Erzwungener Machtwechsel als politisch-militärischer Lösungsansatz*

Der Einmarsch der US-geführten „Koalition der Willigen“ im Irak 2003 brachte zwar den Sturz Saddam Husseins und die Etablierung einer gewählten Regierung, aber auch eine Art von Krieg, auf die die USA nicht vorbereitet waren. Die aufwändige und verlustreiche Aufstandsbekämpfung war und ist nämlich weit entfernt von einer „klinischen Abstandskriegsführung“, wie sie den technologiegläubigen US-Planern, allen voran der damalige Verteidigungsminister Donald Rumsfeld, vorgeschwebt war. Das Konfliktbild auf politisch-strategischer Ebene bestand wie in Afghanistan darin, dass sich ein lokales Regime den Forderungen der Supermacht USA widersetze. Washington hatte daraufhin in beiden Fällen zur Wahrung seiner sicherheitspolitischen Interessen („globaler Kampf gegen den Terrorismus“) mit seinen Verbündeten massive Militäroperationen durchgeführt, um das Talibanregime und Saddam Hussein zu stürzen. Es geht bei dieser Betrachtung weder um eine völkerrechtliche noch um eine humanitäre Beurteilung, sondern nur um Fakten. Erwähnenswert dabei ist, dass die Militäroperation in Afghanistan vom UN-Sicherheitsrat als Maßnahme der Selbstverteidigung eingestuft wurde, während der Einmarsch im Irak ohne dessen völkerrechtliche Legitimierung erfolgte. Angesichts dieser Erfahrungen kann man davon ausgehen, dass die USA auch in Zukunft bereit sein werden, militärische Gewalt einzusetzen, wenn es aus Gründen der nationalen Sicherheit erforderlich erscheint.

Von außen erzwungene Machtwechsel durch politische, wirtschaftliche oder militärische Interventionen stellen an und für sich keine Besonderheit dar und können auch in Zukunft erwartet werden. Neu waren allerdings der Umfang und die Intensität, mit der die USA in Afghanistan und im Irak dieses Ziel verfolgten.

#### *Islamistischer Terrorismus als neue Herausforderung*

Islamistischer Terrorismus, spätestens seit den Anschlägen in den USA am 11. September 2001 ein ständiger Begleiter im sicherheitspolitischen Alltag, stellt eine weitere markante Veränderung in der globalen Sicherheitslandschaft

dar. Islamistische Terroristen, die westliche Weltanschauungen, Wertesysteme und Spielregeln verachten, folgen in ihrem Kampf einem klaren Feindbild. Neben dem Westen geraten allerdings auch moderate Muslime und Regierungen islamischer Länder ins Visier, wenn sie als prowestlich eingestuft werden oder nicht der „reinen Lehre“ folgen. Anschläge in Pakistan, Indien und Nigeria Mitte 2009 sind blutige Beweise dafür. Islamistisches Gedankengut soll nach den Plänen der Symbolfigur Osama bin Laden und anderer Führer mittels terroristischer Anschläge weltweit verbreitet und der Einfluss des Westens insbesondere im Nahen und Mittleren Osten zurückgedrängt werden. Viele Analytiker gehen davon aus, dass nach Vorstellung radikaler Denker der Islam als politisches Modell die Nachfolge des Kommunismus antreten könne. Er soll allen „Verfolgten und Benachteiligten“ eine Lösung für sämtliche Probleme bieten, egal, in welchem Land sie sich befinden. Angesichts des Umstands, dass immer mehr Muslime in Europa leben, eine ernst zu nehmende Herausforderung. Islamismus und fundamentalistisch motivierter Terrorismus entwickelte sich in den letzten Jahren für Europa sogar zu einer größeren Bedrohung als für die USA, wo nicht nur Sicherheitsvorkehrungen weitgehender seien, sondern auch die Integration zugewanderter Muslime besser funktioniert hätte, wie der israelische Historiker Emmanuel Sivan feststellte.<sup>9</sup> Diese Beobachtung wird auch durch die Eigenschaft der US-Regierung gestützt, die Präsident Obama im Juli 2009 in einem Interview zum Ausdruck brachte.<sup>10</sup>

Terrorismus ist die markanteste Form einer asymmetrischen Konfliktkonstellation: Es besteht eine Ungleichheit (Asymmetrie) der Akteure, da nichtstaatliche Akteure gegen Staaten kämpfen. Diese dürfen bei der Wahl ihrer Mittel den Boden der Gesetzmäßigkeit nicht verlassen, während Terroristen völkerrechtliche Bestimmungen bewusst missachten. Außerdem haben Staaten die Pflicht, die Zivilbevölkerung zu schützen, während Terroristen sie zu ihrem vorrangigen Angriffsziel und Opfer machen, wie weltweit verübte Anschläge zeigen. Die größte Herausforderung bei der Bekämpfung besteht darin, dass islamistischer Terrorismus keinen „kompakten Feind“ abgibt, sondern eine amorphe Struktur mit unklaren Fronten aufweist. Staatsgrenzen spielen weder bei der Mobilisierung von Sympathisanten noch bei der Durchführung von Anschlägen eine besondere Rolle; eine territoriale Konzentration ist zwar im afghanisch-pakistanischen Raum gegeben, sie könnte sich aber auch woanders hin verlagern. Eine „Hegung des Krieges“ hinsichtlich Raum, Dauer, Art der Austragung und Schutz der Zivilbevölkerung, die nach dem Westfälischen Frieden 1648 das deklarierte Ziel bei kriegsvölkerrechtlichen Überlegungen war, wird damit noch mehr ad absurdum geführt als in subkonventionellen Kriegen.

9 Vgl. Al-Kaida: Beim Kampf gegen USA Europa entdeckt. In: Der Standard, 09.09.2009, S. 3.

10 Vgl. Afghanistan: USA sehen „langen Weg“. In: Der Standard, 13.07.2009, S. 3.

Der 2001 nach den Terroranschlägen gestartete Feldzug der USA und ihrer Verbündeten in Afghanistan zur Vernichtung der al Qaida und Vertreibung der Taliban gibt bis heute Beispiel für die Herausforderungen, die eine moderne Interventionsmacht in einem Dritte-Welt-Staat erwarten. Dabei wurde gerade Afghanistan nach dem Sturz der Taliban als Modellfall für Staatsaufbau gesehen, also den Versuch der internationalen Gemeinschaft, aus einem politisch und wirtschaftlich höchst defizitären Land ein funktionierendes Staatsgebilde zu machen. Positive Erkenntnisse aus dieser Herkulesaufgabe wären dringend geboten, gibt es doch 50 bis 60 weitere Staaten, die ohne umfangreiche externe Unterstützung Gefahr laufen, wie Kartenhäuser zusammenzustürzen. Nachdem Staaten aber unverändert die entscheidende politische Einheit in den internationalen Beziehungen darstellen, ist es von eminenter Bedeutung, sie zumindest auf einem Minimalniveau funktionstüchtig zu halten oder zu machen.

### *Massenvernichtungswaffen als globale Herausforderung*

Auf internationaler Ebene stellt das Ringen um die Kontrolle der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen (MVW) und zugehöriger Trägersysteme eine große Herausforderung dar. 32 Staaten verfügten laut Experten 2009 über ballistische Raketen, 20 davon auch über MVW, sei es international deklariert oder nicht. Nordkorea führt mit seinem Atom- und Raketenprogramm die Welt bereits seit längerer Zeit an der Nase herum und hält nicht nur seine Nachbarn China, Südkorea und Japan, sondern auch die USA, Russland und die UNO in Atem. Saddam Hussein haben seine Versuche, MVW und Trägersysteme zu erlangen, nicht nur die Macht, sondern auch das Leben gekostet. Dabei war es letztlich bedeutungslos, ob er nun das Beschaffungsprogramm tatsächlich bereits eingestellt hatte oder nicht. Die Invasion der US-Truppen stand in engstem Zusammenhang mit dem irakischen Waffenprogramm. In den Jahren 2008 und 2009 wurde die globale sicherheitspolitische Debatte durch das Urananreicherungsprogramm des Iran angeheizt. Auch hier ist kein friedliches Ende in Sicht, das Damoklesschwert in Form israelischer oder auch amerikanischer Luftschläge hängt seit geraumer Zeit über dem iranischen Regime. Syriens geheime Ambitionen, mit nordkoreanischer Unterstützung einen Atomreaktor zu errichten, dürften 2007 durch israelische Luftangriffe wohl vorerst gestoppt sein. Sollte der Iran tatsächlich in den Besitz von Atomwaffen gelangen, ist zu befürchten, dass auch andere Staaten im Nahen/Mittleren Osten, allen voran Saudia Arabien, sich darum bemühen werden. Zusätzlich hatte schon vor wenigen Jahren US-Präsident George W. Bush für internationale Aufregung gesorgt, als er quasi im Alleingang Indien zur offiziellen Atommacht machte. Da passt der Stapellauf des ersten indischen Atom-U-Boots im Juli 2009 perfekt ins Bild.